

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 41

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Parolen für die Nationalratswahlen

-an. Werden es «lässige Wahlen» sein, oder werden die Wellen des Abstimmungskampfes hoch branden? Es sind bisher kaum die ersten lauten Schüsse abgefeuert worden. Was man an Munition in Vorrat hat, lässt sich nicht voraussagen. Einige Parolen, die ehemals besonders zündeten, werden diesmal wohl versagen. Es gibt nur eine einzige kleine Partei, die man als «staatsfeindlich» ausserhalb der normalen Bewerber um die Ratssitze brandmarken kann, und ausserhalb der Kantone Genf und Waadt gibt man ihr kaum ernsthafte Chancen: Die PdA. Alle andern nehmen einander gewissermassen ernst und vergessen auch während der schärfsten gegenseitigen Befehdung während zwei oder drei Wochen nicht, dass sie nachher wieder «zäme rede» und «zäme schaffe müesse». Natürlich wird es nicht an Schlagworten fehlen, und beispielsweise die weltweit hörbaren Schlachtrufe «Die Freiheit!» und «die Planwirtschaft» — oder die Diffamierung beider durch die Gegner werden auch bei uns hörbar sein. Die spezifische Ausgeglichenheit unserer Lage aber wird notwendigerweise bewirken, dass der Bürger *sachlichen Diskussionen* über Angelegenheiten, die in den nächsten Jahren von unsern Räten praktisch behandelt und gelöst werden müssen, mehr zugeneigt ist, als rein ideologischen Sprüchen.

Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht ja die *Bundes-Finanzreform*, die für das Stimmvolk soviel wie eine Frage der so oder so ausfallenden *Besteuerung* ausmachen wird. Von der Frage, ob weiterhin eidgenössische *Wehrsteuer* oder nicht, ob Wehrsteuer oder erhöhte *Umsatzsteuer* und so fort ist hier schon gesprochen worden. Das Ringen um den einen oder den andern Weg geht weiter, ohne dass die Öffentlichkeit viel davon erfährt. Steuerkalkulatoren und Spezialisten sind am Werk, um je nach dem Interessenkreis, den sie vertreten, Vorteile und Nachteile der möglichen Lösungen zu beeinflussen.

Ob vor den Wahlen überhaupt ein Entschluss gefasst wird, ob es ratsam scheint, einen solchen zu fassen, ist fraglich. Es wird ja ein *neu zusammengesetzter Rat* sein, der als massgebende Instanz die Vorschläge des Bundesrates so zu bereinigen hat, dass sie allenfalls auch das eidgenössische Referendum passieren können. Wie aber wird sich dieser Rat zusammensetzen? Der alte hat seine letzte Session absolviert. Die Fraktionen haben Abschied gefeiert und der möglichen Aenderungen, die eintreten werden, gedacht. Prophezeien aber ist eine wenig ergiebige Sache. Links hofft man auf einigen Zuwachs, rechts auf möglichst geringe Verluste. Die «Standesparteien», also die Bauernpartei und die Sozialdemokratie, haben unter ihren Standesgenossen immer noch Reste zu mobilisieren, die bisher den «historischen» stimmten. Die Linke hat den Vorteil, angreifen zu können. Unter dem alten Schlachtruf



Die internationale Presse be-
sichtigt das Kampfgebiet
der 5. olympischen Winter-
spiele in St. Moritz

In der Metropole des Oberengadins werden bereits eifrig Vorbereitungen für den Clou der diesjährigen Wintersaison, die 5. Olympischen Winterspiele, getroffen, die schon so weit gediehen sind, dass das Organisationskomitee für die Vertreter der in- und ausländischen Presse eine ausgedehnte Führung veranstalten könnte. Hier sehen wir die Pressevertreter auf Corviglia bei der Besichtigung der Abfahrtsroute. Im Hintergrund ist der Slalomhang sichtbar.

der *direkten Bundessteuer* auf grossen Einkommen und Gewinnen — vielleicht weniger auf Vermögen — dafür *Befreiung niedriger Einkommen* von den Folgen der Umsatzsteuer durch Ausnahmen sämtlicher Lebensmittel usw. hat sie bereits angegriffen.

„Imperialisten und Demokraten“

In Polen haben die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens und Ungarn getagt. Fügen wir bei, dass auch die Regierungspartei der Sowjetunion «dabei» war und selbstverständlich den Ton angab. *Schdanow*, der oft als Nachfolger Stalins bezeichnet wird, erstattete den Bericht über die internationale Lage. Man dürfte diesen Bericht als die authentische These des Kreml über die Welt-Situation ansehen. Danach hat sich seit Kriegsende die Welt in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die *Imperialisten*. Auf der andern Seite die *Anti-Imperialisten und Demokraten*. Wer gehört alles zu den Imperialisten? Mit kurzen Worten: Jedermann, der nicht Kommunist oder wenigstens Pro-Kommunist ist. Vor allem die Sozialisten werden angeprangert als die Helfershelfer des Imperialismus, welcher sich mit «sozialistischer Phraseologie» und mit demokratischen Fähnchen drapiere. Die Labourparty in England, die Partei Blums in Frankreich, die Sarragat-Sozialisten in Italien werden besonders genannt. Und damit die schwankenden Massen der Mitte und der gemässigten Linken genau wüssten, was gemeint sei, werden als «Pro-Imperialisten» ausdrücklich nur die «Rechts-Sozialisten» bezeichnet. Alle irgendwie nach links Geneigten werden somit freundlich eingeladen, sich auf die kommunistische Seite zu schlagen.

Das Programm der zu erwartenden neuen, international aufgezogenen kommunistischen Offensive liegt damit klar vor den Augen der ganzen Welt. Aber auch die Zentren dieser Offensivaktion und die ausführende Organisation werden genannt. In *Belgrad* wird ein

«Informationsbüro» eingerichtet, woselbst die verschiedenen nationalen Parteien ihre Erfahrungen austauschen und die Koordinierung der Einzelaktionen fördern sollen.

Als direkte Aufgaben der «nationalen Parteien» wird die Verteidigung der Ehre, Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder — oder, was dasselbe in anderer Beleuchtung darstellt — die Bekämpfung der imperialistischen Expansions- und Aggressionspläne, bezeichnet. Zentrum der weltfeindlichen Expansionspolitik des imperialistischen Kapitalismus, so sagt es die wohl historisch wichtige «Erklärung», seien die USA. Der *Marshall-Plan* bedeute nichts anderes als den Versuch, die amerikanische Herrschaft über Europa aufzurichten. Es würden ähnliche Versuche folgen, um China, Lateinamerika und Indonesien in gleicher Weise botmässig zu machen. Dein die Expansionsbestrebungen der USA täten sich auf der ganzen Linie, wirtschaftlich, militärisch und ideologisch, kund.

Die kommunistischen Parteien müssen sich, nach der Erklärung, allenthalben an die Spitze des Widerstandes gegen die Ausdehnungspläne Amerikas stellen. Sie haben die Aufgabe, der Arbeiterklasse aller Länder zu sagen, dass sie ihre Kräfte nur zu leicht unterschätzen. Und so weiter. Man möchte sagen, es gebe nichts Neues unter der Sonne. Die *kommunistische Internationale... die Dritte*, die nie wirklich aufgelöst worden war, ist nun wieder offen vorhanden. Was neu ist, und doch nicht so ganz neu, das ist die schärfere Betonung nationalistischer Argumente. In den frühesten Aktionsprogrammen der Moskauer Zentrale fehlten sie ganz. Dann tauchten sie auf als Appelle an die Kolonialvölker. Heute wird das weitgehend emanzipierte, aber durch einen scharfen Handelsvertrag den USA verhaftete China zum Widerstand aufgerufen, wird den Indonesiern, die man als klar gestaltete «Nation» anspricht, die Hand geboten, werden die Süd- und Mittelamerikaner auf den Rachen Nordamerikas aufmerksam gemacht, in den sie demnächst hineinrutschen.

Man hat ja die uneingeschränkte Unterstützung aller ehemaligen Kolonialvölker durch Moskau seit längerer Zeit kommen sehen. In der jüngsten *Debatte des Sicherheitsrates* warf sich der Russe *Gromyko* zum Ankläger gegen die Holländer auf, welche das «Feuereinstellen» der UNO nicht beachtet hätten. Dass der Holländer *van Kleffens* die Clique der javanischen Diktatur als von Japan eingesetzt bezeichnet, schiert Moskau wenig. Im übrigen müsste die Welt aufhören, wenn sie hört, dass plötzlich *Aegypten* in der *Griechenlandfrage* den russischen Standpunkt vertritt und die Anwesenheit der Amerikaner und Engländer als Grund für den Bürgerkrieg bezeichnet. Die Engländer müssten Griechenland ungesäumt räumen...

drosselt, dass die Arbeitsfreiheit beschränkt wird durch «Planungen auf dem Arbeitsmarkt», durch ein wohl vorsichtiges, aber doch tatsächliches Dirigieren der Arbeiter in die Branchen, die gefördert werden sollen, das alles sind Symptome einer diktatorischen Tendenz, welche auch unter dem angeblich «imperialistischen» Labourregime immer klarer zutage trete. So argumentiert Churchill.

Und er fordert *Neuwahlen*. Labour habe nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich. Die Konservativen sollen sich darauf vorbereiten. Vielleicht schon 1947, oder dann 1948, würden sie notwendig werden. Es sei natürlich ein Unsinn, sich auf ein genaues Programm festzulegen, bevor man die Regierungsgewalt besitze.

Brotproduktion nicht weiter. Die Streiks sind momentan zur Ruhe gekommen, aber die noch nicht gebändigte Preishausse kann von einem Moment auf den andern neuen Lohnbewegungen rufen.

In dieser Situation nützt sich das von den Sozialisten geleitete Minderheitsregime, das nur durch Duldung von seiten der Radikalen und des MRP am Leben geblieben, ständig ab. Thorez hofft, bei den Gemeindewahlen grosse Lücken in die sozialistische Front reissen, die alte Garde um Léon Blum, die diskriminierten «Rechts-Sozialisten» also, richtig isolieren zu können. Es sieht ganz so aus, als habe die kommunistische «Erklärung der internationalen Lage» durch Schdanow Frankreich besonders beleuchten und dem dortigen Wahlkampf eine zündende Parole liefern wollen. Wenn Thorez namhafte Gewinne verzeichnen sollte, das heisst, wenn die Gemeindewahlen ein Resultat liefern, welches die Notwendigkeit rascher *Parlamentswahlen* erweist, dann dürften die Tage des Kabinetts Ramadier gezählt und die Bildung einer neuen, nach links orientierten Regierung notwendig sein.

Wie aber, wenn das «*Rassemblement*» de Gaulles die Lorbeeren erntet, die Thorez für sich erhofft? In der gleichen Rennbahn zu Vincennes, wo vor einem Monat Thorez sprach, jubelten am 5. Oktober eine halbe Million Pariser de Gaulle zu. Seine Rede enthielt einen Passus, auf welchen sämtliche Franzosen, die nicht weiter denken, hereinfallen müssen: «Frankreich hatte immer Glück, wenn es einig war.» Wer müde geworden, wer den ewigen Hader der Klassen und Parteien satt hat, wer in einer Gefühlswelle die Probleme ertränken möchte, wer lieber nicht darüber nachdenkt, *warum* es Parteien gibt, die sich bekämpfen, der hört nur das Wort: «Seid endlich einig, einig unter meiner Fahne, und hört auf, den Leuten nachzulaufen, die euch ihre Sonderprogramme vordozieren». Ähnlich haben in Deutschland die Faschisten völkischer Prägung argumentiert, haben mit «*Versprechen für Alle*» die Gegensätze vernebelt und den «Ersatzgegner» für die peinlichen Probleme gezeigt: Die Juden. Und später den Feind jenseits der Grenzen.

So falsch tönt freilich die Musik nicht, die de Gaulle macht. Zwar zeigt er seinen Anhängern zwei Feinde: Den Kommunismus und Russland. Und er nennt sie beim Namen. Aber er hat doch auch ein *innenpolitisches Programm*, das nicht nur schmeichelt. Wenn er einen obligatorischen Arbeitsdienst für die Landwirtschaft und die Industrie fordert, um aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszukommen, so könnte er gewissermassen mit Thorez verwechselt werden. Genauer gesagt: Mit Thorez, wenn er einmal an der Macht wäre und den Beginn mit den Konsequenzen eines planwirtschaftlichen Systems machen müsste. Im Moment sehen die linksgerichteten Massen in ihm und den Kommunisten noch den extremen Verfechter aller persönlichen Freiheiten, der die «freie Wahl des Arbeitsplatzes», Streikrecht und so fort mit Zähnen und Klauen verteidigt. De Gaulle ist dagegen erstaunlich offen. Wie das französische Volk auf solche Offenheit reagieren wird, werden die nahen Gemeindewahlen zeigen.



Wenn die Stärke der Vereinten Nationen im Verhältnis ihrer wachsenden Mitgliederzahl zunehmen würde, brauchte es einem um das Schicksal der Welt nicht bange sein... Bereits haben wieder Pakistan und Yemen alle Klippen, die mit der Zulassung als vollberechtigtes Mitglied verbunden sind, glücklich umschifft und sind in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden. Im Beisein von Generalsekretär Trygve Lie (links) und Dr. Hanna Saba als Bevollmächtigter der internen Verwaltung unterzeichnen hier Prinz Se Iful Islam Abdullah (rechts) für Yemen, und Mohammed Zazarullah Khan für Pakistan die Aufnahmeurkunden.

Und wie sieht es bei den Imperialisten aus?

Die arme *Labourparty*, die in ihren Führern Bevin und Attlee so grausam von den versammelten «kommunistischen Demokraten» als Schrittmacher des USA-Kapitals entlarvt wird, hat im eigenen Lande momentan die neuste *Attacke der Konservativen* auszuhalten. Churchill hat wieder einmal eine Rede «zur Explosion gebracht, die in ihrer Schärfe nicht zu überbieten war. Ob man die Massnahmen der Labourregierung nun als fascistisch oder als kommunistisch bezeichnen wolle, totalitäre Tendenz hätten sie auf jeden Fall, und er, Churchill, hoffe, dass man die Welt von der Gefahr des Totalitarismus erretten könne. Der alte Löwe hat gute Ohren und weiss gewisse Aussprüche seiner Gegner verdammt klar zu beleuchten. Attlee, so sagte er in seiner Schlussrede am *Parteitag zu Brighton*, habe sich letzthin geäussert, es gebe Leute, die sich wunderten über die Freiheit, die man der Opposition für ihre Angriffe auf die Regierung und ihre Politik lasse. Wie, so fragt Churchill, soll das etwa heissen, dass Attlee dieses Grundrecht der britischen Ueberlieferung durch solche Fragen fraglich macht? «Ich warne ihn vor dem wahnsinnigen Versuch, uns diese Freiheit wegnehmen zu wollen...»

Dass die Labourregierung in der Tat versucht, die Presse zur «Vorsicht» in ihrer Berichterstattung zu veranlassen, dass sie den Devisenschmuggel durch einen Eingriff ins Briefgeheimnis zu bekämpfen versucht, dass sie den Reiseverkehr nach dem Auslande

Die Kommunisten, die «irgendwo in Polen» getagt haben, leisten der angegriffenen Labourparty unfreiwillige Schützenhilfe gegen den grimmigen Churchill. Er täuscht sich natürlich sehr, wenn er den Moment gekommen glaubt, Attlee und Bevin durch Neuwahlen zu stürzen. Die letzten *Nachwahlen ins Parlament* haben klar bewiesen, dass von einem Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Tories noch lange nicht die Rede sein kann, selbst wenn da und dort die Labourstimmen um einige Prozente zurückgingen. Labour wird also fortfahren, auf seine Weise der Vermittler zwischen den unversöhnlichen Extremen «USA» und «UdSSR» zu spielen, innen- und aussenpolitisch.

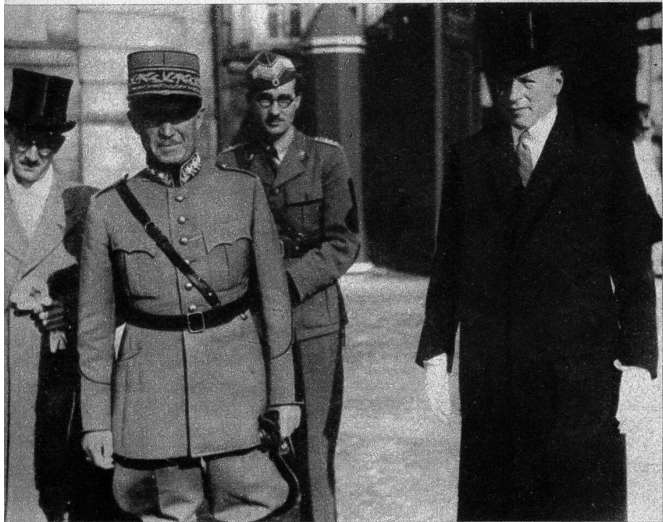
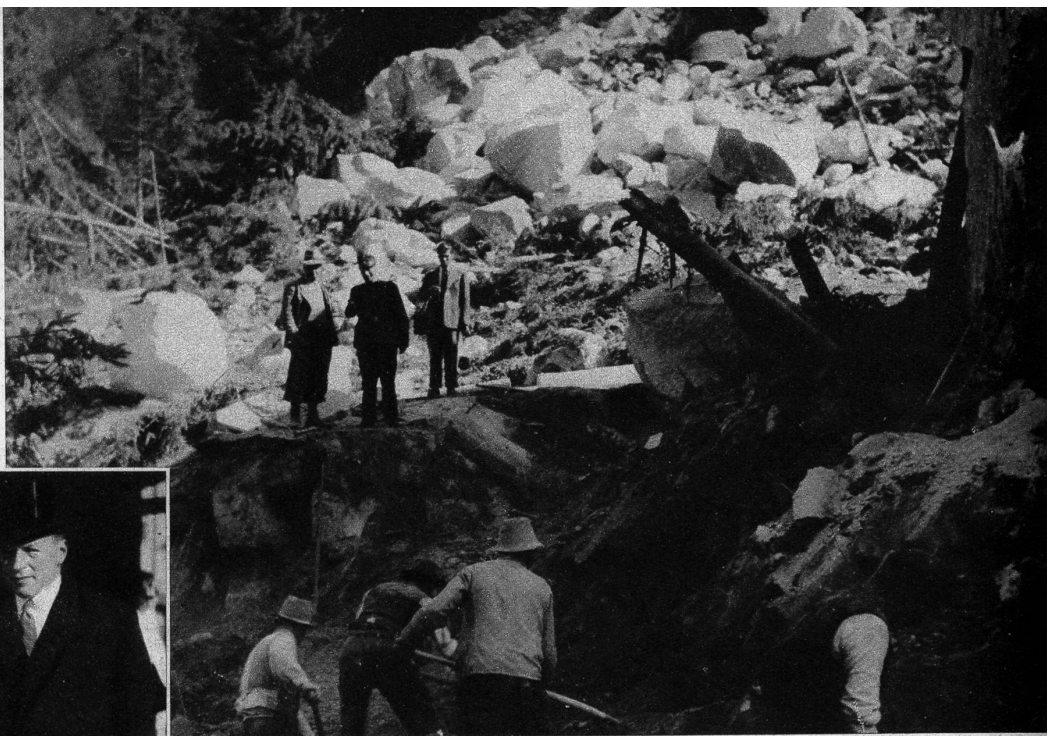
Churchill steht übrigens aussenpolitisch auf beinahe derselben Linie wie Bevin. Verteidigung des britischen Empire, brüderliche Verbindung mit Amerika und Teilnahme an einer engern Vereinigung der europäischen Staaten — das scheint ihm alles durchaus vereinbar. Die Aufgabe des *Palästina-Mandats* begrüsst er. Nur in einem Punkte will er Labour belasten: *Das Morden in Indien* setzt er auf ihr Konto.

In Frankreich,

wo sich vor einem Monat der Kommunistenführer Thorez in einer Riesensammlung von den Parisern feiern liess und den Kampf um die Gemeindewahlen eröffnete, stehen die Dinge schon etwas anders als in England. Die Finanzkrise spitzt sich wieder einmal scharf zu. Der gedrosselte Import von allerlei Luxuswaren hilft der eigenen Kohlen- und

Felssturz sperrt die Gotthardstrasse

Zwischen Amsteg und Gurtellen unternahm eine Baufirma eine grössere Felsprengung, wobei sich eine mächtige Felspartie löste; die herabstürzenden Felsmassen verschütteten die Gotthardstrasse vollkommen, ebenso wurden die Telefon- und Telegraphenkabel, die durch das Reusstal nach dem Tessin führen, zerstört. — *Unser Bild:* Meterhohes Felsgewirr überdecken die Gotthardstrasse, die freizulegen sich ein Arbeiterdetachement anschickt. (Photopress.)

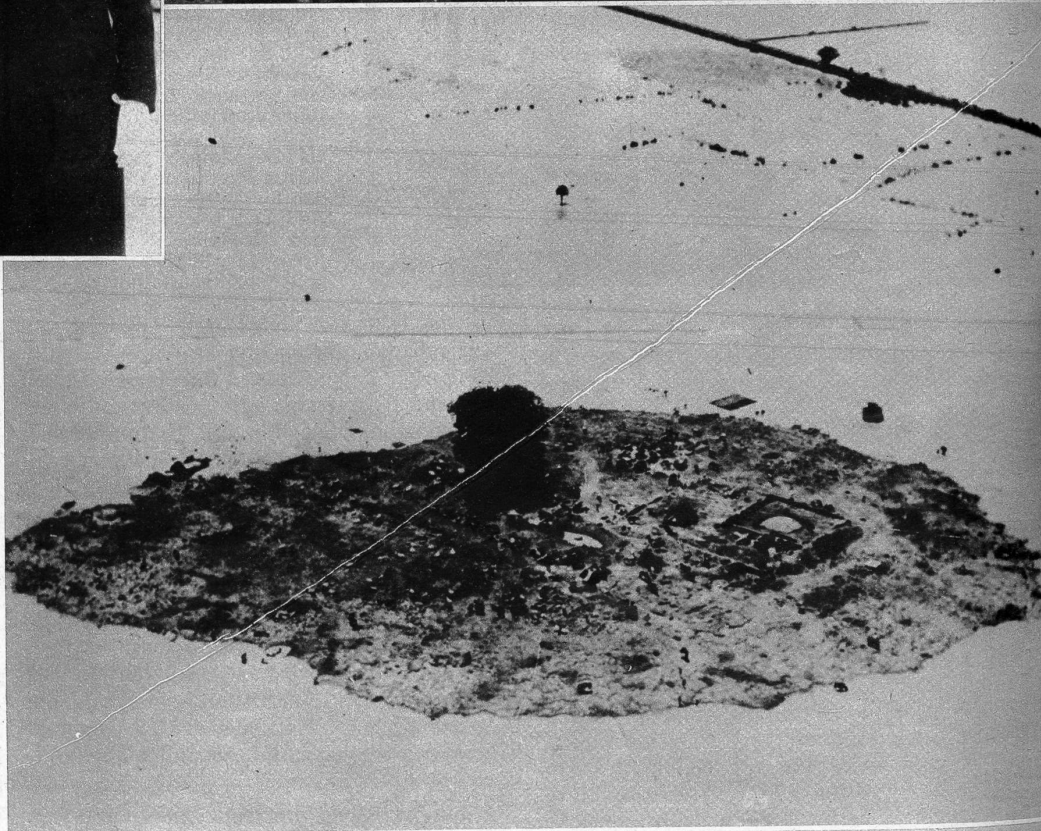


General Guisan in Kopenhagen

General Guisan wurde mit seiner Begleitung von König Frederik auf Schloss Amalienborg in Audienz empfangen. — Von links nach rechts: Prof. Mercier, General Guisan, Hptm. Permin, der dem General als Begleiter zugeteilt wurde und Legationsrat Jean-Frédéric Wagnière, schweiz. Geschäftsträger in Kopenhagen, aufgenommen im Hof des königlichen Stadtschlusses. (Photopress)

Ueberschwemmungen im Pundschat

Mitten in der grossen Völkerwanderung, die im Pundschat zwischen Hindus und Mohammedanern stattfindet und viele Opfer fordert, haben sintflutartige Regenfälle weite Gebiete in der Umgebung von Neu Delhi unter Wasser gesetzt, die Not der Flüchtlinge beider Religionsgemeinschaften noch vermehrend. Unsere Flugaufnahme zeigt eine nur wenig die Fluten überragende Insel, auf die sich Menschen und Vieh gerettet haben. (ATP)



Landbesetzung bei Rom

Die kommunistische Agitation bringt die italienische Regierung in bedeutende Verlegenheit. Rund 800 Männer haben im Gebiete von Rom dem Grossgrundbesitz gehöriges Land beschlagnahmt. Sie stützen sich bei diesem Vorgehen auf ein altes Gesetz, das die Uebnahme unbebauten Landes gestattet. Unser Bild zeigt eine Schar dieser «Okkupanten» bei ihren mehr symbolischen Spatenstichen. Es sollen sich unter ihnen nur ein Viertel wirklicher Bauern befinden.



Einweihung der Aarauer Rennbahn

Auf der ersten permanenten Rennbahn der Schweiz, auf dem historischen Turfgelände des Aarauer Schachens, die am vergangenen Sonntag eingeweiht wurde, erlebten Zehntausende erstmals klassischen Turf! Ein packendes Bild aus dem von neun Pferden bestrittenen Hauptflachrennen um den Preis vom Hungerberg. An der Spitze liegt in verwegener Fahrt Veliki-Luki vor Ultramarin und Van Dyk, während der aus unmöglichster Position im Einlauf förmlich nach vorne fliegende Sieger Bligny



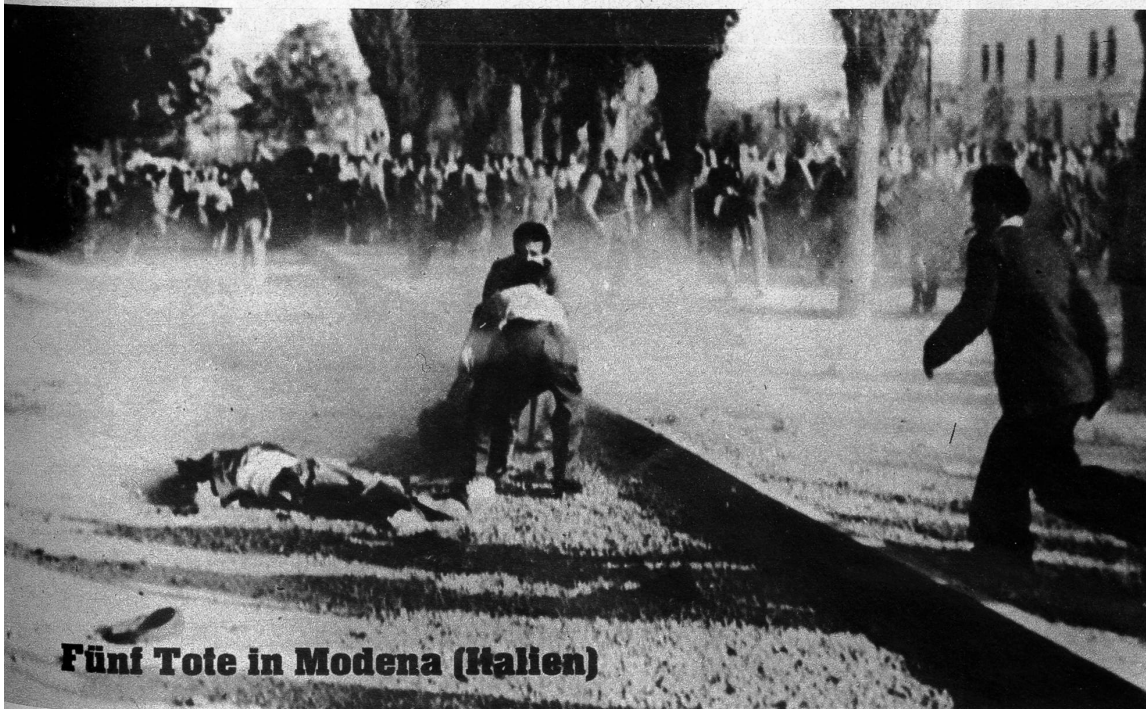
Hauptmusterung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bern. Leiternübungen am Berner Stadttheater (Phot. W. Nydegger)



unter Hptm. Prager, der die sensationelle Siegquote von 90:10 ergab, sich noch im Hintergrund aufhält (zweiter von links) (ATP)

14. Gedenklauf Murten—Freiburg

Ein starkes Feld von 200 Läufern nahm am Sonntagmorgen die historische Wegstrecke vom Schloss Murten nach dem 16,4 Kilometer entfernten Freiburg unter die Füsse. Dem Zürcher *Ernst Sandmeier* gelang dabei das grossartige Meisterstück, den Lauf zum vierten Male zu gewinnen, und zwar unterbot er mit 56:51,4 seine eigene Bestzeit.



Fünf Tote in Modena (Italien)

Beim Rundstreckenrennen von Modena (Italien) ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Delage Giovanni Braccos fuhr im Bestreben, Franco Cortesis Wagen auszuweichen, welcher wegen brüskem Bremsens sich in der Bahn umdrehte, in die Zuschauer und kam erst an einem Baume (rechts im Bilde) zum Stehen. Es gab fünf Tote und viele Verletzte

Im Kleinwagenrennen um den «Prix du Léman» kam es zu einem prächtigen Duell zwischen den Simca-Fahrern Bira und Sommer, das schlussendlich der siamesische Prinz Bira zu seinen Gunsten entschied. Er legte die 194 km in 1:51:57,5 zurück



Der Grosse Preis für Automobile in Lausanne

Luigi Villorosi (Italien) auf Maserati nach seinem Sieg im Grand Prix (Photopress)

